

Bericht im Anzeiger Bezirk Affoltern, Dienstag, 18. Juli 2023

RPK-Präsident sieht demokratische Rechte des Stimmvolks «mit Füßen getreten»

An der letzten Gemeindeversammlung hat die Rechnungsprüfungskommission (RPK) dem Stimmvolk empfohlen, die Rechnung 2022 anzunehmen. Allerdings bezeichnete sie die finanzielle Situation der Stadt Affoltern damals als «besorgniserregend». Weil eine positive Perspektive nicht in Sicht sei, legte das Gremium dem Stadtrat für die Budgetplanung 2024 und die Folgejahre ein «restriktives Sparprogramm» nahe. Das war vor vier Wochen. Nun gab der Stadtrat vor wenigen Tagen bekannt, was er fürs kommende Jahr plant: Die Wochenarbeitszeit der Mitarbeitenden soll um vier Stunden sinken. Veranschlagte Kosten: 2,3 Millionen.

Dass der Personalaufwand mit einem Schlag um 9.5 Prozent ansteigen soll, sorgt bei der RPK für Stirnrunzeln. Präsident Urs Gmür zeigt sich auf Anfrage erstaunt über das Vorhaben. Auch, weil der Stadtrat damals bei der Abnahme der Rechnung 2022 Zustimmung zu den Einwendungen der RPK signalisiert habe. «Dieser Entscheid ist finanzpolitisch nicht tragbar und deshalb unverantwortlich», sagt er am Telefon. «Die RPK lehnt ihn klar ab».

Formell zur Prüfung erhalten hat sein Gremium den Beschluss zur 38-Stunden-Woche nicht. Dazu ist der Stadtrat nicht verpflichtet, weil er gemäss Personalverordnung (PVO) berechtigt ist, die Arbeitszeiten der Angestellten festzulegen. Für Urs Gmür ein grundlegender Fehler im System: «Die Bevölkerung hat dieser Personalverordnung nie mit dem Gedanken zugestimmt, dass der Stadtrat in Eigenregie Beschlüsse von derart weitreichender Kostenfolge fällt.»

Er sieht die demokratischen Rechte der Bevölkerung «mit Füßen getreten»: « Die RPK ist der Meinung und stützt sich dabei auf die Finanz-Kompetenzen der Gemeindeordnung, dass wiederkehrende Kosten in dieser Grössenordnung nicht vom Stadtrat, sondern durch den Souverän zu beschliessen sind.»

Finanzpolitisch lehne die RPK deshalb die teilrevidierte Personalverordnung, die im Herbst vors Stimmvolk kommt, ab. Es könne nicht angehen, so Gmür, dass die PVO für Mitarbeitende weitere «Zückerchen» bereithalte, ohne die Kompetenzen des Stadtrats einzudämmen. (lhä)